Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133;

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 304. Halle, Dienstag, den 24. August 1920. Einzelpreis 30 Pfg.

Sirenengesänge.

Die volksparteiliche Presse unserer Gegend gefällt sich darin, die jüngsten — bekanntlich jämmerlich zusammengebrochenen — kommunistischen Putschversuche in Anhalt und im Industriegebiet zur Komposition von Rattenfängermelodien zu verwenden, mit denen sie sich und ihre Partei dem Bürgertum und besonders dem „überlegenden demokratischen Bürgertum" in empfehlende Erinnerung bringt als die einzigen, die noch ihrer staatserhaltenden Pflichten und der Verantwortung für die Sicherheit aller Bürger sich bewußt sind. Obwohl wir nun annehmen, daß gerade das überlegende demokratische Bürgertum, das den demokratischen Gedanken so ideal auffaßt, wie er in unserer heutigen Morgenausgabe durch Erkelenz umrissen worden ist, sich am allerwenigsten durch diese Eigenlobgesänge aus dem volksparteilichen Lager einfangen lassen wird, erscheint es uns doch zweckmäßig, die Stellung der Demokratie in dem Wirrwarr der Putschnervosität von rechts und links noch einmal klar und deutlich zu kennzeichnen.

Es wird uns von den Rechtsparteien vorgeworfen, wir ständen den Umsturzbewegungen von links zu schlapp gegenüber und fähen die Gefahren nicht, die aus der kommunistischen Propaganda und der politischen Arbeiterratsbewegung der Volksgesamtheit und speziell dem Bürgertum erwachsen. Andererseits wird die Demokratie von links her des Einverständnisses mit den reaktionären Parteien und mit den Rechtsputschisten geziehen und man steht ihr auch von dieser Seite, wenigstens in der Presse, mit Mißtrauen gegenüber. Für jeden denkenden Menschen sollten gerade diese Tatsachen der Beweis dafür sein, daß die Demokratie sich auf dem rechten Wege befindet und weder nach rechts noch nach links neigt, vielmehr sich bewußt und mit voller Absicht als Keil zwischen die beiden extremen Richtungen zu schieben trachtet, um deren direkten Zusammenprall zu verhindern. In der Rechtspresse wird ununterbrochen mit starken Worten jegliche Putschabsicht, die den Rechtsparteien von den Vertretungen der Arbeiterschaft vorgeworfen wird, bestritten. Man betont vielmehr, daß man sich lediglich wegen den von links drohenden Umsturzgefahren organisatorisch zum Selbstschutz zusammenschließen müsse. Nur die bittere Notwendigkeit zwinge dazu. Genau desselbe wird aber, mit vertauschten Rollen natürlich, von der Linken behauptet. Hier glaubt man eine Sicherung der Interessen der Arbeiterschaft, des Proletariats nur erreichen zu können, wenn man die Revolution soweit treibt, daß alle dem Sozialismus widerstrebenden Elemente zur Ohnmacht gebracht werden können. Man sieht also, zwischen den beiden Extremen gibt es scheinbar keine Verständigung, sondern nur Kampf bis aufs Messer. Um diesen von rechts durchführen zu können, stützt man sich auf Selbstschutzorganisationen, die „aktives Eingreifen" ermöglichen. Was das heißen soll, kann sich doch wohl jeder an den fünf Fingern abzählen und es ist einfach Spiegelfechterei, wenn die Rechtspresse glauben machen will, daß dieses aktive Eingreifen eine unblutige Methode sein könnte

Die Rechtspresse fühlt sich, wie sie selbst sagt, verpflichtet, auf den Ton zu horchen, der in der linksradikalen Presse sich kundgibt. Auf genau den gleichen Standpunkt stellt sich aber die linksradikale gegenüber der Rechtspresse. So liegen beide auf der Lauer, in einem nervösen Mißtrauen, das jede objektive Beurteilung der Situation von vornherein ausschließt. Mißtrauische Menschen finden nur schwer den Weg zueinander. Sie bedürfen eines Vermittlers, der sich weder mit den Interessen des einen, noch mit denen des andern identifiziert, wohl aber an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in dem Staatswesen, dem nicht nur die beiden Gegner, sondern schließlich doch auch eine nicht zu Gegensätzlichkeiten neigende Mittelschicht angehören, interessiert ist.

Man kann also, wenn man ruhig und objektiv nachdenkt, nur immer wieder zu dem Resultat kommen, daß Parteien, die nur rechtsgerichtete, oder wie sie angeben „Bürgertums"-Interessen vertreten und sich in einem Gegensatz zu einem großen, sehr großen Teil des Volkes stellen, der nun einmal seine Interessen am besten durch die linksgerichteten Parteien vertreten sieht, unmöglich die Interessen der Gesamtheit wahrnehmen können, zu der doch auch ihre Gegner gehören. Der gesunde Menschenverstand muß jedem Deutschen sagen, daß es glatter Unsinn ist, einen Staat aufbauen oder Verhältnisse in ihm schaffen zu wollen, unter denen die eine Bevölkerungsschicht ein Vorrecht wirtschaftlicher oder politischer Art vor einer anderen hat. Und wenn die volksparteiliche, und erst recht die nationalistische Presse, unter nationalen und vaterländischen Interessen immer nur das einseitige Interesse des Bürgertums versteht und sich dadurch in einen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterschaft stellt, so begeht derjenige einen Trugschluß, der glaubt, daß auf diese Weise das Interesse des Bürgertums in Wahrheit gefördert werden könnte. Von der volksparteilichen Presse wird der Begriff Bürgertum viel zu eng begrenzt. Bürger eines Staates sind alle seine Glieder ohne jede Ausnahme, auch die Arbeiter.

Das berufene Organ zum Schutze der Bürger ist aber die Regierung mit ihren exekutivischen Machtmitteln. Ihre vornehmste Aufgabe ist Sicherung der Verfassung, Schutz von Person, Arbeit und Eigentum, Erhaltung des Reiches und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- und Linksputsches, also jedes Versuches einer Minderheit, die Interessen der Volksgesamtheit, also der Bürger aller Berufe, zu gefährden.

In einem geordneten Staatswesen kann und darf sich die Regierung die ihr von der Verfassung auferlegten Rechte und Pflichten weder schmälern lassen, noch sind ihnen entziehen. Das ist so selbstverständlich wie zweimal zwei vier ist. Wenn sich daher im Staate unter Führung von unverantwortlichen Privatpersonen eine Organisation aufbaut, die genau das, was für die Regierung durch die Verfassung vorgeschrieben ist, als Programm aufstellt, so liegt darin eine Nichtachtung der Regierung und der Weg zur Bildung einer Nebenregierung, zur Anarchie. Und wenn diese Organisation außerdem noch durch Pressеorgane gestützt wird, die jede mögliche und unmögliche Gelegenheit benutzen, die legitime Regierung in den Augen der Bevölkerung herabzusetzen, als unfähig und ungerecht hinzustellen, so darf sie sich doch wohl nicht wundern, wenn sie in ihren Endzielen als staatsfeindlich im Sinne des durch die Verfassung festgelegten republikanisch-demokratischen Staates betrachtet wird. Auch das ist so klar wie zweimal zwei vier ist.

Jeder denkende Demokrat wird danach ohne weiteres wissen, daß er den Sirenengesängen der volksparteilichen und nationalistischen Presse im ureigensten Interesse nicht folgen kann, es sei denn, er würde sich überhaupt von dem demokratischen Ideal abwenden und — reaktionär werden.

Was nun die Gefahren von links und besonders die letzten Kommunistenputsche betrifft, so genügt ein Blick in die mehrheitssozialistische wie auch in die Presse der U. S. P. D., um festzustellen, daß es sich gewissermaßen um Dummejungenstreiche handelt, die an der Besonnenheit der Arbeiterschaft selbst in Nichts zerflattert sind. Gewiß hofft die Führung der revolutionären Sozialdemokratie, ihr Ziel über kurz oder lang zu erreichen. Wer aber die Arbeiterbewegung nicht nur oberflächlich, sondern ernsthaft und genau verfolgt, muß wissen, daß die extremen Ideen in der deutschen Arbeiterschaft schon seit einiger Zeit nicht an Anhängerschaft gewinnen, sondern verlieren und daß die besonnenen Elemente in zäher, aber zielbewußter Aufklärungsarbeit bemüht sind, den Putschgelüsten den Boden zu entziehen. Aus der Praxis heraus hat die Sozialdemokratie schon recht wesentlich umgelernt. Wer die Zeichen der Zeit versteht, muß wissen, daß wir zur Ruhe nur kommen können, wenn diese Abkehr von Phantastereien gefördert und den Massen der Weg geebnet wird zu einer gesunderen, weil zu verwirklichenden Staatsidee: zur Demokratie. Diese Gesundung wird aber gehemmt durch die kurzsichtige Abwehrmethode, die die Rechtsparteien aus dem Arsenal des Zentralvereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie unseligen Angedenkens in die neue Zeit übernommen haben. Wenn die Rechtsparteien auch heute noch nicht einsehen wollen, daß sie mit dieser Methode in der Vergangenheit die Kluft im deutschen Volke vertieft haben, und heute wieder drauf und dran sind, die Kluft zu vergrößern, so ist ihnen nicht zu helfen.

Wir können bei dieser Methode nicht mithelfen, weil sie verderblich ist, und hoffen, daß alle denkenden Bürger, nicht nur Demokraten, sich ebenfalls von ihr abwenden werden. Heute kann uns Ruhe und Ordnung und Sicherheit im deutschen Lande nur die Demokratie geben, die sich restlos hinter die Staatsautorität stellt und verlangt, daß jedermann die Regierung und ihre exekutivische Gewalt in der Erfüllung ihrer Verfassungsrechtlichen Pflichten unterstützt.

⊙

Die Lage in Oberschlesien.

In Oberschlesien, schreibt die „D. Allgem. Ztg.", ist die Lage nach wie vor eine äußerst ernste. Landrat Brappenberg meldet aus dem Kreise Beuthen, daß dort die Situation sich im Gegensatz zu Kattowitz neuerdings verschärft habe. Man hätte jetzt dort die Unruhen zu bestehen, die Kattowitz schließlich hinter sich habe. Die Verluste der Kattowitzer Sicherheitspolizei belaufen sich bisher auf sechs Tote, darunter ein Hauptmann, sechs Schwer- und 14 Leichtverwundete. Inzwischen haben die polnischen Aufständischen die Stadt Pleß besetzt. Die Wohnungen zahlreicher Deutscher wurden erbrochen und ausgeplündert. Die Sicherheitswehr wurde entwaffnet und zum Teil über die Grenze verschleppt. Auch Rybnik ist von drei Seiten angegriffen worden. Die Polen verfügten über alles erdenkliche Kriegsmaterial. Der französische Kreiskontrolleur hat eine längere Besprechung mit dem Polenführer Rosansky gehabt. Im Zusammenhang mit dieser Unterredung wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Der italienische Teil der Rubniker Besatzung erklärte, gegen die Polen kämpfen zu wollen. Die Franzosen halten sich in dem bekannten Sinne „neutral". In Gottartowitz wurde der Fabrikbesitzer Kasper von Polen schwer mißhandelt. Das Gerichtsgefängnis zu Pleß wurde am Sonntag gegen 8 Uhr abends gestürmt und die Sträflinge, darunter viele Schwerverbrecher, befreit. In Myslowitz hat sich ein polnischer Sonderstoßtrupp gebildet, der nur aus befreiten Schwerverbrechern besteht. Beuthen erwartet heute den Generalangriff der Polen. — Nach dem „B. T." liegen 23 Schächte vollständig still, auf den anderen wird von 15 bis 27 Prozent der Belegschaft nicht gearbeitet. Die Kohlenlieferung ist auf mehr als die Hälfte gesunken. Die Folgen dieser stark verminderten Kohlenförderung machen sich bereits bemerkbar. Die Kohlenzufuhren nach Berlin haben so gut wie aufgehört. Dadurch ist die Versorgung der Berliner Großkraftwerke in ein kritisches Stadium getreten.

Bandenkämpfe in ganz Oberschlesien.

Königshütte, 23. Aug., 11,45 Uhr vorm. Zurzeit ist hier alles ruhig. Bismarckhütte und Chorzow wurden durch verstärkte Sicherheitspolizei von den polnischen Banden wieder gesäubert, doch haben sich heute vormittag neue Polenbanden gebildet, die einen neuen Sturm auf das Rathaus in Bismarckhütte planen. Der gestern versuchte Sturm auf die Stickstoffwerke in Chorzow wurde glatt abgeschlagen.

Schrau, 23. Aug., 12,15 Uhr nachm. In Schrau wurde die Sicherheitswehr umzingelt und entwaffnet. Auch die Steuerbeamten und Inspektoren mußten die Waffen abgeben. Einer Patrouille der Sipo gelang es, sich unter Kämpfen nach Pleß durchzuschlagen. Dabei wurde ein polnischer Bandenführer erschossen.

Pleß, 23. Aug., 1,10 Uhr mittags. Alle Forstbeamten in den Forsten um Pleß wurden von den Polen entwaffnet. In Sussek wurde ein heimattreuer Oberschlesier überfallen und sein Anwesen vernichtet.

Beuthen, 23. Aug., 12,10 Uhr mittags. Hier liegen zuverlässige Meldungen vor, daß die polnischen Aufständischen beabsichtigen, die Stadt Beuthen heute abend zu stürmen und hier das Hauptquartier ihrer ganzen Bewegung aufzuschlagen

Kattowitz, 23. Aug., 11,30 Uhr vorm. In Janow und Witkischacht haben sich die dort aus dem Gefängnis befreiten ca. 40—50 Schwerverbrecher zu einem stark bewaffneten polnischen Stoßtrupp formiert.

Beuthen, 23. Aug., 11 Uhr vorm. Nach hier einlaufenden Meldungen sind die Orte Schoppinitz, Laurahütte und Myslowitz von interalliierten Truppen, in erster Linie Italienern, besetzt worden. Die Entwaffnung wird dort durchgeführt und Maßnahmen zum Schutz der Grenze getroffen. Die Sicherheitspolizei hat einen Teil der leichten Waffen zurückbekommen. In Oppeln sind die Telegraphenleitungen teilweise durchgeschnitten worden. Alle Gerüchte über einen deutschen Generalstreik sind völlig aus der Luft gegriffen. Die Streikforderungen der Polen wurden von der interalliierten Kommission abgelehnt.

Kattowitz, 23. Aug., 12,15 Uhr mittags. Ueber die Verluste der Sicherheitswehr im Kreise Kattowitz verlautet: Die Sipo in Stärke von 600 Mann hat bisher 10 Tote, 41 Schwerverwundete und 7 Leichtverwundete zu beklagen. Von der in Myslowitz gefangengenommenen Hundertschaft, die inzwischen wieder freigelassen worden ist, sind 108 Mann in Kattowitz eingetroffen, der Rest von 22 Mann ist teils versprengt, teils tot, teils schwer verwundet.

Roßberg-Beuthen, 23. Aug., 11,45 Uhr vorm. Die Polen sind hier Herren der Lage. Sie haben hier eine sog. Bürgerwehr eingerichtet die für die polnischen Aufständischen Legitimationen ausgibt. Die Legitimationen erhalten einen Rundstempel mit der Umschrift: „Bund der Selbsthilfe vor Tagesanbruch, Roßberg-Beuthen 1920, Halt Wacht!"

Neue polnische Truppenansammlungen an der Grenze.

Breslau, 23. August. Aus Oswiesim wird der „Ostdeutschen Morgenpost" gemeldet, daß ein Posener Infanterie-Regiment, ein Panzerzug und ein Regiment polnischer Eisenbahner in dieser Stadt bereit stehen, um über die Grenze in Oberschlesien einzumarschieren. Die Eisenbahner auf dem Myslowitzer Bahnhof haben festgestellt, daß dort zwei Waggons mit Munition haltgemacht haben.

Die Entwaffnung der Sicherheitswehr in Nikolai durch die Franzosen.

Berlin, 23. August. Die Hundertschaft der Sicherheitswehr in Nikolai ist, wie vom amtlichen Preußischen Pressedienst mitgeteilt wird, von den Franzosen entwaffnet worden. Der Hergang war danach etwa folgender: Sonnabend 6 Uhr nachmittag erhielt die Hundertschaft von den Insurgenten die Aufforderung zu kapitulieren. Der Hundertschaftsführer lehnte ab und bat den Führer einer französischen Kompagnie, die in Nikolai lag, auf Grund einer Anweisung des Oberst Caputh, ihm zu helfen. Der französische Kompagnieführer lehnte die Unterstützung ab mit dem Hinweis, er sehe keine Notlage. Statt dessen besuchte der Kapitän eine polnische Stadtverordnetenversammlung. Sonntag vormittag rückte die französische Kompagnie nach Kattowitz ab. Dringende Vorstellungen des Hundertschaftsführers beim Kreiskontrolleur auf Belassung der Kompagnie führten zu keinem Erfolg. Da der Hundertschaftsführer ohne Unterstützung Nikolai nicht halten konnte, rückte er mit der zurückgebliebenen Bagage der französischen Kompagnie ab. Drei Kilometer von Nikolai, im Walde von Kamionka, konnte die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200824037/fragment/page=0001

Hundertschaft, eingeschlossen von den Insurgenten, nicht weiter marschieren. Auf Bitten des Hundertschaftsführers um Unterstützung kam aus Kattowitz ein Kraftwagen mit einem französischen Offizier, der jegliche Hilfe durch französische Truppen ablehnte. Dagegen erklärte er sich bereit, nach Waffenabgabe die Hundertschaft nach Kattowitz durch die Insurgenten zu bringen. Nach langem Sträuben mußte der Hundertschaftsführer sich dem französischen Offizier fügen. In Kattowitz angelangt, verlangte der Hundertschaftsführer die Rückgabe der Waffen. Sie wurde verweigert und die Beamten wurden von französischen Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr in ein Barackenlager verbracht und dort interniert. Die Stimmung der gesamten Sicherheitspolizeibeamten über die Behandlung durch die Franzosen ist derart empört, daß kein Beamter in die Abstimmungspolizei eintreten wird.

Die nötigen Schritte deshalb sind beim Auswärtigen Amt bereits unternommen worden.

Die Polen bestehen auf der Abstimmung.

Paris, 23. August. Hier verlautet, daß die französische Regierung, wahrscheinlich auf den Druck Englands und Italiens hin, die größten Anstrengungen gemacht habe, die polnische Regierung dazu zu bewegen, auf die Volksabstimmung in Oberschlesien zu verzichten, ohne jedoch irgend welchen Erfolg gehabt zu haben. Die Warschauer Regierung erklärte, daß zwar die Städte in Oberschlesien vollkommen deutsch bevölkert seien, daß dagegen auf dem flachen Lande angeblich bis zu 97 Proz. Polen lebten. Auch Bemühungen, die Volksabstimmung in Oberschlesien früher stattfinden zu lassen, sollen fruchtlos geblieben sein. Die Volksabstimmung werde keinesfalls vor Mitte Oktober abgehalten werden können.

Große Erregung in ganz Schlesien.

Brieg, 23. August. Der Brieger Berichterstatter der „Dena" meldet, daß in Brieg fortgesetzt, ebenso wie in anderen Orten Mittelschlesiens, Flüchtlinge aus Oberschlesien eintreffen. Ihre Zahl geht in die Tausende, viele treffen ohne alle Mittel ein. Alle Züge aus Oberschlesien haben stundenlange Verspätung. Die Erregung auch in Mittel- und Niederschlesien wächst von Stunde zu Stunde. In ganz Schlesien ist man der Ansicht, daß nur die allerschnellste Festsetzung des Abstimmungstermins für Oberschlesien in der Lage ist, die Ruhe wiederherzustellen.

Ein dringendes Telegramm an den Reichskanzler.

Breslau, 23. Aug. Die Vereinigten Verbände Heimatvertriebener Oberschlesier haben an den Reichskanzler Fehrenbach ein dringendes Telegramm gerichtet, in dem mit energischen Worten vor dem sinnlosen Optimismus der Regierungskreise in Berlin in der oberschlesischen Angelegenheit gewarnt und in dem verlangt wird, daß die Regierung endlich alles tue, um die Deutschen in Oberschlesien zu retten.

Vorwärts und Freiheit gegen die K. P. D.

Berlin, 23. August. (Eigene Meldung.) Der „Vorwärts" wie die „Freiheit" wenden sich heute in je einem längeren Artikel gegen eine Auslassung der „Roten Fahne", die unter der Ueberschrift „Verrat im Verzuge" der S. P. D. und der U. S. P. D. Verrat an der Sache des Proletariats vorgeworfen hat und behauptete, daß diese beiden Parteien den Ausschuß der K. P. D. aus der Sitzung der Spitzenorgane beschlossen hätten, um die aufgefangene Munition der deutschen Gegenrevolution zuzuschieben. Beide angegriffenen Parteien wenden sich sehr energisch gegen diese Behauptung, die die „Freiheit" einen frechen Schwindel und der „Vorwärts" leeren Phrasendrusch nennt. Beide Blätter schieben den Vorwurf des Verrates auf die K. P. D. selbst zurück, die mitten in der Aktion den ersten beiden Organisationen in den Rücken gefallen sei. Während die „Freiheit" sich darauf beschränkt, in der obengenannten Weise den Vorwurf zu entkräftigen und noch hinzufügt, daß die ganze Aktion eingeleitet sei, um den Unabhängigen, als den Veranlasser der Einsetzung der Regierung, etwas am Zeuge zu flicken, bemerkt der „Vorwärts" noch, daß es bedauerlich sei, daß die U. S. P., obwohl sie das wahre Gesicht der K. P. D. durchaus erkannt hätte, ein weiteres Zusammenarbeiten mit dieser nicht gleich rundweg ablehnte.

Lloyd George und Giolitti über die russisch-polnische Frage.

Luzern, 23. August. Aus dem Communiqué, welches vor Beginn der zwanglosen Unterhaltung zwischen den beiden Ministerpräsidenten Lloyd George und Giolitti und den vereinigten Vertretern der Presse verlesen wurde, entnimmt die Schweizerische Depeschen-Agentur u. a. Folgendes: Der Meinungsaustausch zwischen Lloyd George und Giolitti hat eine vollständige Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt für einen möglicht frühen Zeitpunkt dargetan. Vorher bleibt jedoch noch eine Reihe von bedeutenden Fragen zu erledigen. Bevor nicht der Friede zwischen Rußland und der übrigen Welt wieder hergestellt ist, wird immer eine Atmosphäre von Störungen der Ruhe die Welt weiter bedrohen. Aus diesem Grunde haben die britische und die italienische Regierung Schritte unternommen, um eine Verbindung zwischen Rußland und der übrigen Welt herzustellen. Es ist deshalb tief zu bedauern, daß die Sowjetregierung trotz wiederholter gegenseitiger Versicherungen getrachtet hat, Polen Bedingungen aufzuzwingen, die nicht vereinbar sind mit dessen nationaler Unabhängigkeit. Die Sowjetregierung hat einen Vorschlag der britischen Regierung zurückgewiesen, einen Waffenstillstand unter Bedingungen abzuschließen, welche das russische Gebiet gegen jeden Angriff sichergestellt hätte. Wenn die Sowjetregierung auf der Verweigerung dieses Vorschlages beharrt, so wird es keiner freien Regierung möglich sein, mit ihr zu verhandeln.

*

Luzern, 23. August. Reuter. Nach einem amtlichen Communiqué haben Lloyd George und Giolitti der französischen Regierung eine gemeinsame Aktion der Alliierten vorgeschlagen, die Polen die vollen aus dem Vertrag von Versailles sich ergebenden Rechte, betreffend den freien Gebrauch und die unbeschränkte Benutzung des Hafens von Danzig und seiner Verbindungslinien zu sichern.

Königsberg, 23. Aug. Im Verlauf des Nachmittags sind noch eine Schwadron und einige kleinere Abteilungen der Russen über die ostpreußische Grenze gekommen. Südöstlich Willenberg fand ein Gefecht mit abgeschnittenen Teilen des 3. Kavalleriekorps statt, welches versuchte, sich den Rückzug nach dem Osten zu erkämpfen. Eine Aufforderung der Polen sich zu ergeben, wurde von den Russen nicht angenommen.

Polen lehnt die russischen Bedingungen ab.

Warschau, 22. Aug. Aus Minsk ist über Moskau hier ein Funkspruch eingetroffen, demzufolge die von den bolschewistischen Vertretern gestellten Bedingungen in gewissen Punkten härter sind, als die, welche durch Kamenew der englischen Regierung mitgeteilt worden sind. Die Bedingungen werden natürlich von der polnischen Regierung nicht angenommen werden.

Haller und Pilsudski Oberbefehlshaber.

Paris, 23 August. Nach Mitteilungen der Abendpresse haben die Polen eine Umgruppierung ihrer Streitkräfte vorgenommen. Sie haben eine Nordarmee gebildet, die General Haller befehligt und eine Armee des Zentrums, deren Oberbefehl Pilsudski übernommen hat.

Nach einer Reutermeldung aus Washington hat die Regierung der Vereinigten Staaten Polen gewarnt, seinen Heeren zu gestatten, bei der Gegenoffensive die Grenze des ethnographischen Polens zu überschreiten.

Das Elend der deutschen Flüchtlinge.

Der nach dem Osten entsandte Sonderberichterstatter der „Köln. Ztg." drastet aus Neidenburg: Der Plan Pilsudskis, die russische Flügelarmee im Korridor abzuschneiden und zu vernichten oder über die deutsche Grenze zu drängen, ist vollständig mißlungen. Die Russen haben den Korridor in vollster Ordnung geräumt. Dafür ziehen endlose Scharen deutsche Flüchtlinge mit ihren in letzter Stunde zusammengerafften Habseligkeiten auf Wagen und Karren nach Deutschland. Die Polen drohten, „mit deutschen Köpfen die Straßen pflastern" zu wollen. Der Schrecken und das Elend der deutschen Flüchtlinge sind sehr groß. Unter den Flüchtlingen, die die deutschen Grenzdörfer überfüllen, befinden sich auch Polen, die die eigenen Landsleute fürchten. Das Elend ist groß.

Aufruf an das „Proletariat der ganzen Welt".

Paris, 23. August. Die „Humanité" erhält aus Amsterdam, wo seit einigen Tagen die Mitglieder des Büros des internationalen Arbeiter-Syndikats versammelt sind, die Nachricht, daß das Büro einen Aufruf veröffentlicht, der das Proletariat der ganzen Welt auffordert, sich zusammenzuschließen, um eine unwiderstehliche Opposition gegen den Krieg zu erklären, sich bereit zu machen und mit allen Mitteln gegen den Krieg zu protestieren. Der Verband verlangt von allen Zentralstellen, gegebenenfalls Massenkundgebungen für den Generalstreik zu veranstalten.

Vorsichtsmaßnahmen im besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 23. August. Infolge der kommunistischen Putschversuche wurde in den letzten Tagen die Kontrolle bei den Uebergängen in das besetzte Gebiet außerordentlich verschärft. Jede Person wird körperlich untersucht, und zwar namentlich nach Waffen, kommunistischen Zeitungen und Flugschriften. Gestern wurden auf der Rheinbrücke bei Düsseldorf acht Personen von den belgischen Posten verhaftet, weil sie Waffen bei sich trugen. Waffenscheine, die von den deutschen Behörden ausgestellt werden, werden von den belgischen Posten nicht mehr anerkannt.

Deutschlands diplomatische Vertretungen.

Berlin, 23. August. Die Nachricht, daß in Verbindung mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu mehreren Mächten die Neubesetzung einer Anzahl von deutschen Vertretungen im Auslande bevorstehe, wird WTB. von zuständiger Stelle bestätigt. Der bisherige Chef der englischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Rhomberg, soll die Gesandtschaft in Christiania übernehmen, für Buenos-Aires ist der Gesandte Pauli in Aussicht genommen, zuletzt Chef der amerikanischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, für Rio de Janeiro ist Generalkonsul 1. Klasse Plehn, der auf verschiedenen Auslandsposten derselben Abteilung tätig war, für die Botschaft in Rom ist Herr v. Berenberg-Goßler, Mitglied des Hamburgischen Senats, ausersehen. Nachdem zwischen dem Deutschen Reich und Lettland ein vorläufiges Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Ländern abgeschlossen ist, ist auch die Errichtung einer gemeinsamen Vertretung für Riga notwendig geworden, an deren Spitze Dr. Meyer treten wird, der zuletzt eine vorläufige Verwendung bei der Gesandtschaft in Prag hatte. Der bisherige Leiter der Friedensdelegation in Paris, Ministerialrat Dr. Göppert, hat die Leitung der Friedensabteilung sowie die der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes übernommen, er wird in Paris durch den Gesandten v. Mutius abgelöst.

Deutsches Reich.

Der Berufsoffizier als Lehrer. Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung" zitiert folgende Ausführungen und Vorschläge eines Hauptmanns Schlegtenal: „Als Berufsoffizier ist mir in Vorkriegszeiten ein gewisses Versagen sämtlicher Schulen aufgefallen ... Im besonderen fehlt es an Körperpflege, Gesundheitspflege, Turnübungen, sportlicher Betätigung. Ferner fehlt es am Unterricht: im praktischen Zeichnen, in Geographie und Geschichte der modernen Zeit, an den einfachsten Grundsätzen der Pflichten und Rechte des Staatsbürgers usw. Ganz besonders stehen unsere Volksschulen auf einem niedrigen Niveau." Zur Abhilfe wird dann vorgeschlagen, daß in jedes Lehrerkollegium eine größeren Schule (auch Volks- und Fortbildungsschule) ein ehemaliger brauchbarer Offizier einzutreten hat, der mit Unterstützung eines ehemaligen Unteroffiziers die Lei-

---

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung". Mittwoch, den 25. August. Inhalt: Der Puppenspieler. Roman von Karl Rosner. — Freiheit. Skizze von A. Kinsky. — Das Holiday-Tagebuch. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Eine Volksbühne für Halle.

Etwa 50 Männer, aus allen Schichten der Bevölkerung, aus allen Berufsständen, Professoren, Lehrer, Redakteure, Parteimänner, Arbeiterführer, Industrielle, Kaufleute, Handwerker erlassen einen Aufruf an die Bevölkerung Halles zur Gründung einer Volksbühne. Das Unternehmen will das hallische Kunstleben, das — namentlich durch den Streit der Parteien — seit langem schwer darniederliegt, neu beleben. Es steht zu erwarten, daß die Kunstinstitute durch die Gründung dieses Vereins auf neue breite Basis gestellt werden, daß die Kunstinstitute wieder Gemeingut werden, daß das ganze Volk an ihnen teilhaben wird.

In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Die Kunst allem Volke! Aber nicht von oben dargeboten, nicht als Geschenk gegeben, nicht als Wohltat gespendet. Nein. Das Volk soll sich seine Organisation für Kunstpflege selber schaffen. Das Volk muß sich seine Volksbühne selber aufbauen! Die glückliche Stunde für einen Volksbühnenverein in Halle hat geschlagen. Alle Vorbedingungen sind da. Es fehlt nur der Ruf zur Tat. Wahlan: wir rufen das Volk zum Werk! die erste Werbestufe ist bereits geformt. Unsere Beglaubigung ist eine gute. Wir stammen aus allen Volkskreisen, wir umfassen alle Bestrebungen und Strömungen von links bis rechts. Aber wir lassen hier die sozialen Unterschiede daheim und betonen für diese große Volkssache nur den gemeinsamen Willen zur Kunst und Kultur. Unser Streben gilt dem Ziel: Wie sichern wir gemeinsam dem ganzen hallischen Volke vollendete Theaterkunst? Die Frage ist gelöst — wenn Tausende den Weg beschreiten. Der Stadt Halle gehört das Thaliatheater. Die Künstler des Stadttheaters sind verpflichtet. Ein Volksbühnenverein mit Tausenden von Mitgliedern könnte sich zu angemessenen Preisen vortreffliche Vorstellungen sichern. Er wird seinen Aufgabenkreis erweitern durch Veranstaltung von künstlerischen und literarischen Abenden. Alle Beteiligten sind willig, alle Kräfte bereit. Die „Volksbühne" würde sich die Stücke selbst bestimmen können. Die herrlichsten Werke der Klassiker, die besten Stücke der Moderne, die beachtlichsten Arbeiten der Sucher und Stürmer — alles kann aufgeführt werden, wenn die Volksbühne es beschließt. Volle künstlerische Selbstverwaltung durch den künstlerischen Vorstand und die Generalversammlung! Das ist das eine große Prinzip. Und das andere ist: Völlige soziale Gleichberechtigung an der Stätte der Kunstdarbietung. Die Mitglieder der Volksbühne vereinen sich zu Abteilungen, die bei den Vorstellungen einmal in den ersten fünf Reihen, dann in den nächsten fünf Reihen und so fort die Plätze einnehmen. Es gibt keine Bevorzugung — und auch der so oft verstimmende „Zufall" bei der Auslosung der Plätze wird vermieden. Jedes Mitglied hat völlig gleichen Anteil — an der Mitbestimmung wie am Kunstgenuß. So erbaut sich aus dem Volk heraus die freie Kunstgemeinde.

Prof. Unger nach Zürich berufen.

Die Universität Halle wird wieder einen namhaften Gelehrten verlieren. Der ordentliche Professor für neuere Literaturgeschichte, Rudolf Unger, ein bedeutender Goethe- und Heineforscher, hat einen Ruf an die Universität Zürich erhalten und angenommen.

Unger, der in Zürich Nachfolger des im Februar verstorbenen bekannten Gottfried Keller-Forschers Adolf Frey wird, wirkte vor dem Antritt der hallischen Professur als außerordentlicher Professor an der Universität München.

*

Professor Dr. med. Hermann Dold, Privatdozent und erster Assistent am hygienischen Institut der Universität Halle, ist zum planmäßigen wissenschaftlichen Mitglied am Staatsinstitut für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. berufen worden.

Dr. Dold, geb. 1882 zu Stuttgart, promovierte in Tübingen, war ebenda Assistent bei Prof. v. Baumgarten am patholog. Institut, 1908 bis 1910 „Demostrator of Bacteriology and comparative Pathology" am Royal Institute of Public Health in London und später erster Assistent am Institut für Hygiene und Bakteriologie in Straßburg, wo er sich auch 1912 habilitierte. 1914 übernahm er (von Straßburg beurlaubt einen Lehrstuhl für Hygiene und Bakteriologie an der Deutschen Medizin- und Ingenieurschule für Chinesen in Schanghai. 1919 (aus Schanghai gewaltsam vertrieben) trat Dold in den Lehrkörper der Hallescheu medizin. Fakultät über. Professor Dold veröffentlichte eine lange Reihe von Arbeiten auf dem Gebiete der allgemeinen und Tropenhygiene, Epidemiologie, Bakteriologie, Anaphylaxie.

Kunst und Wissenschaft.

Der Maler Anders Zorn gestorben. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der durch seine Portraits und Radierungen bekannte Maler Anders Zorn ist im Alter von 60 Jahren gestorben. Auch seine andächtigen Wiedergaben schwedischer Holzhäuser mit diebevollen Innenblicken haben ihn über die Heimat hinaus bekannt gemacht.

Reinhardts Salzburger „Jedermann"-Inszenierung. Bei herrlichem Wetter fand am Sonntag auf offenem Domplatz unter den maßvollen Regie Reinhardts die Aufführung von „Jedermann" in Salzburg statt. Mit Moissi in der Titelrolle, Werner Krauß, Johanna Terwin und der Römpler-Bleibtreu als Hauptdarsteller wurde in der so sehr geeigneten Stadt die tiefste Wirkung erzielt. Unter Glocken- und Orgelspiel innerhalb eines edelsten architektonischen Rahmens kam eine nie dagewesene Form voll Zukunft zustande.

Busoni an die Berliner Akademie der Künste berufen. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat den Komponisten Dr. Ferruccio Busoni mit der Leitung einer Meisterklasse für musikalische Komposition an der Berliner Akademie der Künste betraut. Die zwei anderen Meisterklassen für musikalische Komposition leiten Prof. Dr. Georg Schumann und Dr. Hans Pfitzner. Durch die Berufung Busonis erfährt das musikalische Deutschland und zumal Berlin eine besonders dankbar empfundene Bereicherung. Der große Tonkünstler ist am 1. April 1866 zu Empoli bei Florenz geboren. Seine Mutter Anna Weiß-Busoni, eine treffliche Pianistin, war väterlicherseits von deutscher Abstammung. Bereits 1882 wurde Busoni Mitglied der Philharmonischen Akademie zu Bologna, unternahm erfolgreiche Konzertreisen im Ausland und erhielt 1888 eine Lehrerstelle am Konservatorium zu Helsingfors. Zwei Jahre später wurde er durch Verleihung des Rubinsteinpreises für Komposition in Petersburg ausgezeichnet, wurde Professor am Moskauer Konservatorium, ging jedoch bald darauf nach Boston, wo er am New England Konservatory unterrichtete. Seit 1894 lebte Busoni in Berlin und hatte hier großen Erfolg als Pianist. 1907—08 war er als Nachfolger Sauers Leiter der Klavier-Meisterklasse am Wiener Konservatorium, kehrte dann nach Berlin zurück und wurde 1913 Studiendirektor des altberühmten Liceo musicale in Bologna. Während des Krieges lebte Busoni in Zürich. Von seinen zahlreichen Kompositionen nennen wir u. a. 2 Streichquartette, 2 Violinsonaten, eine Klaviersonate, viele Klavierstücke, zwei Opern „Die Brautwahl" (kam in Hamburg und Mannheim zur Aufführung) und „Turandot und Armechino", die vom Intendanten v. Schillings für diese Saison zur Aufführung im staatlichen Opernhaus aufgenommen wurde. Auch schrieb Busoni einen „Entwurf der Aesthetik der Tonkunst". Busoni ist u. a. Ehrendoktor der Universität Zürich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200824037/fragment/page=0002